

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 493.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegpreis für Halle und Görzitz 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Halle a. S. Verleger: G. Müller (inkl. Vertriebsstellen), 31, Mittelstraße (Sonntagsheft), 30, 31, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgeheilene Solonelle oder deren Raum für Halle a. S. den Anzeiger 20 Pf., anderwärts 30 Pf. — Reflektoren am Schluss des redaktionellen Teils die Stelle 100 Pf. Anzeigengebühren bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Fernanmeldungsstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Sonnabend, 19. Oktober 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Kurirtel Nr. 6200.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Der Krieg auf dem Balkan.

Die Vertreter Bulgariens, Serbiens und Griechenlands haben am Freitag der deutschen Regierung am 15. Oktober mitgeteilt, daß ihre Regierungen der Türkei den Krieg erklärt haben.

Gleichzeitig ist von dem Vertreter Bulgariens ein Schriftstück überreicht worden, das die Gründe der Kriegserklärung folgendermaßen darstellt:

Da sich die in der Türkei herrschende Anarchie, welche die Ruhe und Sicherheit der benachbarten Länder föhrt, seit einiger Zeit verschärft habe, hätten die Großmächte es für nötig gehalten, die Verwirklichung der durch Artikel 23 des Berliner Vertrages vorgeschriebenen Reformen in die Hand zu nehmen. Die hohe Fürte habe diese gemeinsame Willensäußerung Europas mit einem Beschlusse beantwortet, das von ihr schon mehr als einmal angemeldet worden sei. Sie habe erklärt, daß sie erst Reformen eintreten lassen, wenn die europäischen Mächte sie in den asiatischen Provinzen einführen werde, daß sie aber nicht glaube, ein fremder Einfluß hierbei werde dem Reformator nützlich sein. Dieses Verprechen der osmanischen Regierung, welche Reformen allein einzuführen sei, überall auf das Wichtigste gestanden, von dem Graf Andrassy in seiner Note vom 30. Dezember 1875 getrieben habe. Einer der Hauptgründe dieses tief eingewurzelt Mißtrauens, habe der frühere Kaiser Österreich-Ungarns mit Recht gefügt, müsse in der Tatsache gesehen werden, daß mehr als eine der in den letzten Jahrhunderten angestrebten Maßnahmen schon proklamiert worden sei, ohne daß das Los der Christen dagegen eine merkbare Besserung erfahren hätte. Seit 37 Jahren hätten die Ereignisse die Nichtigkeit dieses Urteils unerschütterlich bewiesen. Daher hätten die Königlichen Regierungen Bulgariens, Griechenlands und Serbiens, da sie die Leiden ihrer Stammesgenossen in der Türkei und eine ihre Zukunft immer gefährdende Lage nicht länger ertragen konnten, beschließen, eine wirksame Kontrolle für die Ausarbeitung und Verwirklichung radikaler Reformen zu verlangen, die allen das Ende des der Christen zu verbieten und die Befriedigung der Weltöffentlichkeit herbeizuführen vermöchten. Dieser letzte Versuch, dessen Wirkung mit den Waffen zu greifen. Da sich Bulgarien seitdem im Kriegszustand mit der Türkei befinde, habe es eine formale Erklärung, entprechend dem 1. Artikel der Konvention betr. die Eröffnung der Feindseligkeiten vom 17. Oktober 1907, an die Türkei gerichtet.

Die Königliche bulgarische Regierung hoffe, daß das Ziel, welches sie bezwecke, indem sie den Krieg erkläre, mit den Interessen aller zivilisierten Völker übereinstimme. Die fremden Soldaten der Provinzen, deren dauernde Verbringung der Gegenstand des Krieges sei, würden gemäß von dieser Vernehmung Nutzen haben. Unter der Herrschaft von Ordnung, Freiheit und Rechtlichkeit seien die Interessen aller Staatsangehörigen des Landes sicher. Der materiellen Wohlfahrt und der geistigen Entwicklung würde sicher behilfliche und angestrebte Sorgfalt zu gewandt werden. Daher gäbe die Königliche Regierung auf die Unterstützung der befreundeten Mächte rechnen zu können und tiefe den dringenden Appell an die Kaiserliche Regierung, ihr nicht ihre wohlwollende Neutralität bei der schweren Aufgabe zu verweigern, die sie auf sich genommen habe.

Der türkische Vormarsch.

Die türkischen Truppen erhielten gleich nach der Ausrufung der Gebirgs Bulgariens und Bulgariens aus Konstantinopel den Befehl zum Vormarsch gegen Bulgarien, der überall mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Die Vortruppen setzten sich von Kirk-Balisse und der Adrianopler Gegend aus in Maritsch und über schritten nach zwei Stunden bereits die bulgarische Grenze. Dort trafen sie sofort auf den Feind, und es entwickelte sich ein Kampf, über dessen Ausgang noch nichts bekannt.

Man ist die Zahl der im Grenzgebiet von Adrianopel zusammengezogenen bulgarischen Truppen auf 180 000 Mann.

Deutsche Flugzeuge für Bulgarien.

Der bekannte Flieger Bruno Büchner hat sich in Begleitung des Fliegers Rupp nach Sofia begeben, um drei Albatros-Flugapparate an die bulgarische Regierung abzuliefern, die der Armee als Aufklärungsflugzeuge dienen sollen.

Serbien rückt vor.

Eine serbische Abteilung rückte sofort nach der Kriegserklärung über Nikopol vor und besetzte die türkische Grenzstation Zibetschi. Es wurde dort eine serbische Bahnverwaltung eingerichtet. Nachts wurde dann weitermarschiert bis Bijanowze, zehn Kilometer von der Grenze. Man erwartete schon in zwei oder drei Tagen einen größeren Zusammenstoß zwischen den Mächten.

Das Geschick bei Dobjuwo und Wypolac an der serbischen Grenze hat einen größeren Umfang angenommen. Auf beiden Seiten sind Verstärkungen ein getroffen. Die Türken haben alle Angriffe der Serben zurückgeschlagen. Man kämpft auf beiden Seiten mit größer Erbitterung. Die Verluste sind noch unbekannt.

Die Lage in Konstantinopel.

Zur Deutung der Ausgaben für drei Monate Mobilisierung sind durch ein provisorisches Geis Kredit in Höhe von 6 526 116 Pfund bewilligt worden. — Die Provinzialbehörden haben die bulgarischen und serbischen Konjunktur angefordert, die Türkei zu verlassen. — Die Zollverwaltung macht bekannt, daß vom 17. Oktober ab die Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Weis, Mehl, Bohnen, Reis, Stroh, Futtermitteln, Kartoffeln, Kirschen und Hammeln aus Amulien, dem Marmarameer, dem Archipel dem Schwarzem Meer und dem Mitteländischen Meer verboten ist.

70 Millionen türkischer Kriegsfonds in Deutschland.

Aus verlässlicher Quelle erfährt der Bureser Korrespondent der „Süd. Zig.“, daß sich an Bord des von Konstantinopel nach Konstantinopel abgegangenen rumänischen Dampfers „Negolo Carol“ 70 Millionen Mark befinden, die unter Abdul Samid in Deutschland niedergelegt und ausschließlich für Kriegszwecke bestimmt worden sein sollen. Das Verlangen der türkischen Regierung nach Auslieferung des Kriegsfonds ist in Deutschland erfüllt worden.

Zum italienisch-türkischen Frieden.

Der „Messaggero“ meldet aus Dschidda: Die Nachricht eines auswärtigen Blattes, daß der endgültige Friedensvertrag zwischen Italien und der Türkei einen oder mehrere geheime Artikel enthalten würde, ist durchaus unrichtig. Der Korrespondent des Blattes erklärt auf Grund zuverlässiger Nachrichten in bestimmter Weise, daß das Protokoll über die Friedenspräliminarien und der Friedensvertrag keinerlei geheimen Anhang enthalten.

Der „Popolo Romano“ hebt die Initiative Deutschlands und Österreichs bezüglich der Anerkennung der italienischen Souveränität über Libyen hervor. Dieser gute Gedanke bewerte wieder einmal die herzlichen unerbürdlichen Beziehungen zwischen den drei Staaten. Die Anerkennung von Seiten Frankreichs und Englands siehe bevor.

Der „Messaggero“ begrüßt die Entscheidung Deutschlands und Österreichs mit Genehmigung; sie befähige die lokalen Gefühle der Freundschaft, die beide Länder empfinden, Gefühle, die Italien herzlich erwidere. Auch „Libia“ verweist auf die Bedeutung, welche die Entscheidung der verbündeten Mächte habe.

Die sächsische Zeitung „Alexander“ betont, daß der italienisch-türkische Friedensvertrag ein großer Erfolg Siamis Reichs sei, da es gelungen sei, die Ebre und das Ansehen der Türkei und in diesem Augenblick wertvolle Bewegungsfreiheit im Archipel zu retten.

Ein Trade zugunsten der Ägyptischen Ämtern.

Wie die „Agenzia Stefani“ aus Konstantinopel meldet, hat der Sultan ein Trade zugunsten der Bewohner der Inseln des Ägyptischen Meeres unterzeichnet. In dem Trade wird verordnet, daß Reformen der Rechtspflege und der Verwaltung eingeführt werden sollen, um den Bewohnern Gerechtigkeit und Wohlgehen ohne Unterschied des Kastes und der Religion zu gewährleisten. Vollen und unbegrenzte Immunität wird denjenigen Bewohnern gewährt, die an den Feindseligkeiten teilgenommen und sich bei dieser Gelegenheit bloßgestellt haben mit Ausnahme derer, die sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben. Zivilpersonen soll niemand verhaftet oder in seiner Person, in seinem Besitz oder in der Ausübung seiner Rechte beeinträchtigt werden auf Grund von politischen oder militärischen Akten.

Die Entschädigung für Libyen.

Nach türkischen Wätern beträgt die an die Türkei zu zahlende Entschädigung für Libyen 87 000 Pfund jährlich, was ein Kapital von fünfzig Millionen Francs darstellt, das die Türkei in jedem Augenblick beizuführen hat. Wie man hört, wird der Handelsminister Reich zum Rabi von Tripolis ernannt werden. Anlaß des Friedensschlusses wird den Handelsreisenden wieder vollständig freie Durchfahrt durch die Dardanellen gewährt werden.

Der Zampferverkehr hebt sich sofort.

Der Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei hat den Verkehr im Hafen von Odesa belebt. Die Frachtpreise sind sofort gesunken. Die im Hafen zurückgehaltenen griechischen Dampfer laufen aus, da ihnen freie Durchfahrt durch die Dardanellen zugesichert worden ist.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser traf Freitagabend vom Neuen Palais kommend um 10 Uhr auf der Fürstentation Wildpark ein und begab sich sofort in den bereitstehenden Sonderzug. Die Abfahrt des Sonderzuges nach Samsburg erfolgte um 1 Uhr nachts. Die Ankunft in Samsburg wird gegen 7 Uhr früh stattgefunden haben.

Zum Tode Romanns.

Dem beimegangenen Reichstagsabgeordneten von Romann widmet die deutsch-konervative

Reichstagsfraktion an der Spitze der „Kreuzzeitung“ folgenden Nachruf:

Ein schmerzlicher, unerlösender Verlust hat uns betroffen. Am 17. Oktober verschied an Halskreislagen, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten. Er gehörte unserer Fraktion seit 1890 an und war seit dem Jahre 1902 ihr Vorsitzender. Ein preiswürdiger Edelmann von alter edler Art! Mit der vorbildlichen Hingabe, die ihn als Solchen auszeichnete, hatte, und die bis in seine letzte Krankheit nie ermüdete, widmete er sein Leben dem Dienste von Kaiser und König, von Vaterland und Partei. Seine Verdienste war ein Preis, auf den jeder baute, der ihn kannte. Die Inappetenz, sich freizubewegen und erschöpfenden Worte, mit denen er in unseren Sitzungen zusammenkam, was geschieden war, und was weiter zu tun sei, gaben immer deutliches Zeugnis von seinem tiefverwurzelten Reichstagsgeiste, seiner Innigkeit und lautenen Liebe zum Vaterland. So leidet und vertrat er uns in jeder Hinsicht, und in Stunden verantwortungsvoller Entscheidungen wie bei der Arbeit des Tages sich stets mit unbegrenztem Vertrauen auf ihn verlassen konnte. Seiner unbefangenen Art, seiner vornehmen Persönlichkeit verbanden wir die schönsten Erinnerungen gemeinamer Arbeit. Seine Innigkeit und lautenen Liebe zum Vaterland, mit einem rein und reinen, für viele von uns historischen Freund, die den besten kontervativen Fraktion des Reichstages. Der Herrmann: Graf Mann, stellvertretender Vorsitzender, Dietrich, von Hennebrand und der Hofe. Graf Westarp.

Fürst Lichnowsky in der englischen Presse.

„Daily News“ schreibt: Der Name des Fürsten Lichnowsky, des neuen deutschen Botschafters, ist uns nicht so bekannt wie der seines Vorgängers; aber er ist uns nicht weniger willkommen. Das Blatt sagt weiter: Es ist guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Spannung in den deutsch-englischen Beziehungen bereits in gewissem Maße nachgelassen hat, und die gegenwärtigen Ereignisse geben England und Deutschland reichlich Gelegenheit zum Zusammenwirken. Angeht es das Selbstverständnis in das Streben der Mächte, wieder mehr selbst zu werden, so ist England als Deutschland für die Kolonialisierung des Krieges, und ihre Interessen werden von dem Zählungsergebnisse zum guten Teile berührt. Hier ist eine ausgedehnte Gelegenheit für die Diplomaten beider Länder, sich gemeinsam zu betätigen.

Ein neuer medienbuntdarischer Verfassungsentwurf.

Dem engeren Ausschuss der Mittelkraft und Landkraft zu Ratob ist ein Verfassungsentwurf des Großherzogs zugegangen, das in der Anlage einen neuen Verfassungsentwurf der medienbuntdarischen Staatsregierung enthält. Danach soll in Zukunft der allgemeine Landtag für Medienburg-Schwerin aus 81 Abgeordneten bestehen. Von diesen entfallen 20 Abgeordnete die Mittelkraft, 20 die Landkraft, 20 die einzelnen Kreisstädte, und 1 werden von Großherzog auf Lebenszeit ernannt. Zur Medienburg-Zweits ist eine ähnliche Zusammenlegung des Landtags vorgesehen. Das Wahlverfahren für die Wahlen der Abgeordneten aus allgemeinen Wahlen ist nach dem preussischen Dreiklassen-System abgeändert. Die Wahlen finden öffentlich und indirekt statt.

Die Einkommen- und Ergänzungsteuer-Vorlagen.

Wenn, wie behauptet wird, in gewissen parlamentarischen Kreisen der Wunsch besteht wird, die dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Einkommen- und Ergänzungsteuer-Vorlagen in dieser Tagung nicht zu verabschieden, so wird man dabei, wie halbamtlich verlautet, auf die Zustimmung der Staatsregierung nicht rechnen dürfen. Selbst unter der Voraussetzung, daß es dabei bleibt, die Steuerzulage zurzeit noch nicht organisch in die Steuerflora einzuwickeln, ist auf die baldige Eridigung der übrigen Teile der Gesetzgebung entscheidender Wert zu legen. Die hier vorgeschlagenen Veränderungen des geltenden Steuerrechts bezwecken zu erhöhen, die Mittel zu beschaffen, die sich bei der Durchführung der jetzt geltenden Bestimmungen erfahrungsgemäß ergeben haben. Dies gilt schon von den in Aussicht genommenen Minderungen der Bestimmungen über das Stenerobjekt und das Stenerobjekt, vor allem aber von denjenigen Vorschlägen, die bestimmt sind, das Veranlagungsverfahren wirksamer zu gestalten, als dies zurzeit der Fall ist. Angeht es der Notwendigkeit, zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt Steuerzulage in erheblichen Beträgen zu erheben, erweist es als eine unabweisbare Forderung steuerlicher Gerechtigkeit, daß durch die Gesetzgebung dafür gesorgt werde, daß jeder Steuerpflichtige auch wirklich in der Höhe zur Befreiung herangezogen wird, die ihm das Gesetz auferlegt. Diese Ermöglichung gewinnt noch an Gewicht durch die Höhe der Kommunalsteuerzulage in zahlreichen Gemeinden unseres Landes. Hier hat eine zu niedrige Veranlagung zur Staatssteuer die Wirkung, die Steuerzulage für die vollveranlagten Steuerpflichtigen über das notwendige Maß hinaus zu erhöhen und es ist daher auch eine Forderung steuerlicher Gerechtigkeit, einer solchen Mehrbelastung durch die volle Heranziehung aller Steuerpflichtigen zur Steuer vorzubeugen. Dasselbe gilt im Hinblick auf die volle Heranziehung des Arbeitsverdienstes infolge der

Deklarationspflicht der Arbeitgeber. Schließlich darf noch darauf hingewiesen werden, daß, abgesehen von diesen in der Sache liegenden wichtigen Gründen für die baldige Verabschiedung der Steuerentwürfe, dafür auch politische Rücksichten vom Standpunkte der Parteien mitzuzählen, welche die Auffassung vertreten, daß auch in Zukunft in Preußen das Wahlrecht nach Maßgabe der Steuerleistung abgestuft werden soll.

Im Reichstagskomitee ist die Leitung der Finanzabteilung nunmehr endgültig dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Hoffmann, die Leitung der Personalabteilung dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Seime übertragen worden.

Der konservative Reichstagskandidat in Berlin. Von den drei rechtsstehenden Parteien ist der konservative Reichstagskandidat Ulrich für die Reichstagswahl im 1. Berliner Wahlkreis als Kandidat aufgestellt worden.

Der Bund der Landwirte und die Parteien. Als Herr Dr. Sahn neulich auf einer größeren Versammlung in Diepholz auf gegnerische Einstellungen hin ausdrücklich erklärte, daß der Bund der Landwirte auch im letzten Wahlkampf bei der Unterstützung der Reichstagskandidaten keinen Unterschied gemacht habe zwischen den staatsrechtlichen Parteien, wenn ihre Auszerorene nur gut bündlerisch war, da entfiel diese Erklärung wieder mal den entrüsteten Führern der linksliberalen Presse. Der „Kommunistische Arbeiter“ (Nr. 30/185) kürzt beispielsweise auf dieser Feststellung des Bundesdirektors:

„Nur nationalisierend darf er (der Kandidat) nicht sein. Das müssen Männer wie Seine-Göttingen, Seye-Sohn und andere zu ergreifen.“

Obwohl, das erzählt lässig alle linksliberalen Agitatoren; besonders auch die vom sog. „Deutschen Bauernbund“ verbreitete Legende, der Bund der Landwirte sei eine hochkonservative Organisation, die endlose Verkündung dieser Lehre ist ja auch schon deshalb dringend notwendig, um die Existenznotwendigkeit des Bauernbundes selbst als Paradies für liberale Bauern wirksam begründen zu können. Wenn nun auch diese Ansicht vorhanden ist, daß einseitige Zuspitzung den Agitationskampf aller Bauernvereinigungen in sich selbst führen würde, so ist doch nochmals für die ruhig denkende Bevölkerung auf die mit direkter Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählten Abgeordneten in ihrer Parteizugehörigkeit hingewiesen; es gehören nämlich:

- 44 zur konservativen Partei,
- 11 zur Reichspartei,
- 10 zur Reichstagspartei,
- 5 zur nationalliberalen Partei,
- 7 zum Zentrum,
- 2 zu keiner Partei.

Der Bund der Landwirte hat also die Kandidaten der drei ergründeten Parteien fast ausnahmslos unterstützt, weil eben mit ihnen nahezu auf der ganzen Linie eine Einigung über die Grundforderungen des Bundes zustande kam. So wurden beispielsweise nur zwei offizielle Kandidaten der Reichspartei abgelehnt, nämlich die Herren begn. Bauerhändler Nordart und Söcher. Wenn den Nationalliberalen nicht weiter bis in ihre jungliberalen Reihen hinein Unterstützung gewährt wurde, so hat sich dies Verhalten des Bundes der Landwirte schon unmittelbar nach Zusammentritt der neuen und im allgemeinen nicht-Brüderlichkeit abgelehnt. Der Bund der Landwirte steht unumstößlich auf monarchischer, staatsrechtlicher Grundlag, und er konnte unmöglich zur Unterstützung jener in ihrer nationalen Unzulänglichkeit rechtzeitig erkannten Webel- und Scheidemann-Wähler seine Hand bieten.

Diese richtige Einschätzung war ja auch nicht schwer, denn sie ergab sich schon aus dem Verhalten der allgemeinen Staatsanwaltschaft der Jungliberalen seit Beginn der Wahlperiode, aus ihren offensichtlichen Parteilichkeiten und der Umgruppierung in Baden und Bayern, ihrem verbotenen Niedergang mit den Gewinnen auf der ganzen Linie.

Dah eine gewisse Grenze bei der Unterstützung liberaler Kandidaten eingehalten wurde, unter sorgfältiger Berücksichtigung der Nationalliberalen einerseits und der Jung-Sozialliberalen andererseits, dieses Verhalten des Bundes der Landwirte ist auch von seinen Mitgliedern durchweg als richtig anerkannt und voll gewürdigt worden. Sie halten ihm die Treue, und ihre Zahl wächst weiter.

Zier hängen.

Unter dem langatmigen und trotzdem nicht recht klaren Titel „Verband der Güterinteressenten Deutschlands und Deutsche Länderbank-Gesellschaft“ ist eine Vereinigung begründet worden, die angeblich den guten Zweck verfolgt, den ländlichen Bodenbesitz und die Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern. In Preußen haben bekanntlich besonders die Landbesitzmittels der Befriedigung des ländlichen Bodenbesitzbedürfnisses von jeher in besser und ungenügender Weise gedient und sie haben ihre segensreiche Tätigkeit in den letzten Jahren immer weiter bis auf den kleinsten Grundbesitz ausgedehnt. Auch die Befriedigung des ländlichen Grundbesitzes ist zum Teil bereits ernstlich von den Landbesitzern in die Wege geleitet. Auf diesem Wege ist es fortzuführen, aber es erscheint ausgeschlossen, daß diese neue Aktiengesellschaft, eine rein großkapitalistische Gewerkschaft, der deutschen Landwirtschaft auch nur annähernd so gute Dienste würde leisten können und wollen wie die alten erprobten Landbesitzverbände und ihnen ähnliche Bodenbesitzmittels oder Kreditgenossenschaften. Die Landbesitzer dienen, wie gesagt, vollkommen ungenügend dem Gemeinwohl der Landwirtschaft, während bei der Aktiengesellschaft mit dem langen Titel doch sicher das bestmögliche Interesse der hinter ihr stehenden Geldgeber (angeblich große Banken und Versicherungsgesellschaften) in erster Reihe auszuliegen bleiben muß.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat für den 21. d. M. seine Kreditkommission einberufen, die sich eingehend mit der Frage beschäftigen soll, welche Stellung die deutschen Landwirte und ihre Vertretungsorgane gegenüber dem neuen großkapitalistischen Institut zur Befriedigung ländlichen Bodenbesitzbedürfnisses einnehmen sollen. Im dringenden Interesse aller Landwirte kann ihnen nur empfindliche Aufmerksamkeit zuwenden, das Ergebnis dieser hochwichtigen Untersuchung abzuwarten und nicht schon vorher blindlings mit dem neuen Kreditinstitut in Geschäftsverbindung zu treten. Die Prüfungsordnung des neuen Seminarzentrums für hauptamtliche Fortbildungsschullehrer.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat, in einer vorläufigen Ordnung für die Prüfung des neuen einjährigen Seminarzentrums für hauptamtliche Fortbildungsschullehrer, der zu Beginn des nächsten Etatsjahres unter Oberleitung des Landesgewerbeamtes stattfinden wird, über Anforderungen und Befreiungen ausfüßliche Bestimmungen erlassen. Die Prüfung erfolgt in zwei Teilen, einem schriftlichen und einem mündlichen. Bewerber, die die Abgangsprüfung einer in Preußen anerkannten Fachschule mit

mindestens vierjährigem Zebrang mit Erfolg beizulegen haben oder ein Zeugnis des Direktors einer preussischen Kunstgewerbe- oder Handwerkerlehre vorlegen können, daß sie auf Grund eines mindestens vierjährigen Besuchs dieser Anstalt als Tageschüler auf einem der drei in Betracht kommenden Fachgebiete ausreichend vorgebildet sind, werden von der sachlichen Prüfung befreit. Von der allgemeinen Prüfung befreit sind 1. Inhaber des Abgangszeugnisses einer höheren Zebranstalt mit neunjährigem Zebrang; 2. des Zebrungsscheins über die beizuliegende zweite Zebrerprüfung; 3. des einjährig-freiwilligen-Zebrungsscheins zusammen mit dem Abgangszeugnis einer in Preußen anerkannten Fachschule oder dem Zeugnis über den erfolgreichen vierjährigen Besuch einer preussischen Handwerker- oder Kunstgewerbeschule, als Tageschüler oder einer sonstigen beruflichen Zebranstalt von gleicher Unterrichtsdauer. Das Befreien der Aufnahmeprüfung gibt kein Anrecht auf die Aufnahme in den Seminarzentrums. Da die Zahl der verfügbaren Plätze beschränkt ist, so erfolgt die Einberufung zunächst nach dem Ausfall der Aufnahmeprüfung und nach der Vorbildung, im übrigen nach der Reihenfolge der Anmeldung. Diejenigen Bewerber, welche die Aufnahmeprüfung bestanden haben, aber nicht zum Eintritt in den Seminarzentrums zugelassen sind, können ihre Anmeldung für einen späteren Termin wiederholen. In diesem Falle kann von einer Wiederholung der Prüfung abgesehen werden. Die Aufnahmeprüfung sind bis zum 1. Dezember an den Regierungspräsidenten (in Berlin an den Oberpräsidenten in Potsdam) zu richten und unter Besichtigung derjenigen Richtung, nach welcher der Bewerber sich hauptsächlich ausgebildet hat. Dem Bewerber sind beizuliegen: 1. eine Geburtsurkunde; 2. ein von dem Bewerber selbst-geschriebener Lebenslauf, aus welchem sein Ausbildungs-gang klar ersichtlich ist; 3. Führungszeugnisse der Ortsbehörden; 4. ein Gesundheitszeugnis; 5. Studienbescheinigungen allgemeiner Art sowie aus den Gebieten der Projektionslehre, euentlich der Verstecklehre, und dem von dem Bewerber erwählten Fachgebiete; 6. etwaige Prüfungs- und Studienzeugnisse; 7. etwaige Zeugnisse über die Tätigkeit in der gewerblichen Praxis; 8. etwaige Zeugnisse über die Tätigkeit an der Fortbildungsschule.

Ausland.

Der russische Etat.

Die ordentlichen Einnahmen im Etat für 1913 werden auf 3 100 142 828 Rubel veranschlagt und übersteigen die ordentlichen Ausgaben um 181 385 825 Rubel. Die außerordentlichen Einnahmen werden auf zehn Millionen Rubel geschätzt, die außerordentlichen Ausgaben auf 200 622 756 Rubel. Zur Deckung der letzteren sind Anleihen in Höhe von 29 264 133 Rubel geplant.

Französische Kriegsschiffe vor Syrien.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Toulon werden sich fünf Kriegsschiffe bereithalten, um an die Küsten von Syrien zu gehen, falls ihre Anwesenheit zum Schutze französischer Staatsangehöriger nötig werden sollte. Zwei französische Schiffe befinden sich bereits in der Nähe.

Keine Gefahr in Mexiko.

Die aus Mexiko gemeldete Erhebung des Generals Felix Diaz in Veracruz unterbricht, wie in Hamburg von gut unterrichteter Seite berichtet wird, jeder Bedeutung. Daß die im Hafen vor Anker liegenden mexikanischen Kanonenboote ihn unterstützt hätten, was der Sache einen ernsten Charakter gegeben hätte, hat sich als falsch erwiesen. Die Marine ist der Regierung treu geblieben, ebenso die Festung San Juan-de-Ulúa, welche den Hafen beherrscht. Die Schiffe und die Festung werden in Uebereinstimmung mit den Truppen vorgehen, die gegen die Aufständischen abgedacht worden sind.

Kaiser Franz Joseph hat den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Grafen Szögyény-Warich, in halbztündiger Audienz empfangen.

Begründung eines italienischen Kolonialministeriums. „Gazette del Popolo“ in Turin sagt, daß Giolitti die Leitung des neuen Kolonialministeriums selbst übernehmen wird, das vom italienischen Parlament neu eingerichtet wird.

Von der schwedischen Marine. Die Marineverwaltung Schwedens hat der Regierung eine Mitteilung übersandt, den nächsten Reichstag um eine außerordentliche Bewilligung von 4½ Millionen Kronen für den Bau zweier neuer Kriegsschiffe vom J-Typ anzufragen.

Verken. Salazar ed Daulech ist in schneller Anmarsch gegen Teheran begriffen. Die Macht Salazar ed Daulech, der Teheran eingeschlossen hat, besteht aus 800 Mann. Man glaubt, daß Salazar ed Daulech auf die Sympathie und den Beistand vieler Leute in Teheran zählen kann, die mit dem Jögern der gegenwärtigen Regierung, den Wechselschiffen einberufen, unzufrieden sind. Zum Schutze der Stadt werden schließlich Truppen und Geschütze zusammen-gesogen.

Verken in Tibet. Nach einer amtlichen chinesischen Meldung haben Teheraner 400 Mann der Leibgarde des Generals Tschingui angegriffen, unmittelbar nachdem die chinesischen Truppen zum Rückmarsch nach China über Calcutta aufgetroffen waren.

Die Luftschiffahrt.

Der Süddeutsche Rundflug.

Von den in Frankfurt (Main) zur Etappe Frankfurt-Wien-Regensburg ausgehenden Fliegern waren am Freitag bis zum Samstag alle bis auf vier in Nürnberg angekommen. Noch nicht eingetroffen sind die Flieger Lindpaintner, Zid, Gaspar und Engner. Am Samstag wurden in Nürnberg Schauffläge veranstaltet. Die Abfahrt der Flieger nach München erfolgt Sonntag vormittag.

Das Luftschiff „Victoria Luise“, das Freitag früh vor 10 Uhr eintraf, machte über der Stadt eine Rundfahrt, fuhr dann zum Flughafen, wo die Passagiere umgeschifft wurden, und trat um 10 Uhr 37 Min. die Weiterfahrt nach Friedrichshafen an. Das Luftschiff „Victoria Luise“ hat Freitag die 109. Fahrt gemacht, die einen sehr guten Verlauf nahm. Sonnabend finden Passagierflüge um den Bodensee statt. Für Sonntag ist eine Fahrt nach Kempten geplant. Am Montag soll um 11 Uhr am Dienstag München besucht werden, wobei wiederum ein erfolgreicher Passagierwechsel nach Friedrichshafen zurückzuführen.

Von Paris nach Berlin. Der Flieger Brandenburger, der seinen Flug auf der heutigen Sonnabend verbrachten hat, wollte morgens 4 Uhr in Paris aufsteigen. Er beschloß sich, in Düsseldorf und Hannover Zwischenlandungen vorzunehmen und hofft am Nachmittag in Berlin einzutreffen.

Aus Nah und Fern.

Wismar-Nationaldenkmal.

Freitag nachmittag lagte in der Stahlfabrik in Wang die Veranlassung des großen Aufschlusses zur Erbauung des Wismar-Nationaldenkmals auf der Eisenstraße in Wang. Eine Kleinbahn von Wang nach Wang zur Befriedigung des Denkmalsplatzes war der Sitzung vorausgegangen. Das Präsidium führte der Staatsminister Oberpräsident der Rheinprovinz Herr v. Rheinbaben, der geschäftliche Mitteilungen machte und bekanntgab, daß der Reichstagsminister Dr. v. Westmann während in einem Telegramm dem Reichstagspräsidenten die Erbauung des Denkmals übermitteln habe. Professor Kreis gab sodann in seinem und seines Mitarbeiter Professor Decker Namen in längerem Vortrag eine Schilderung des gemeinsamen neuen Entwurfs. Die Veranlassung nahm eine Resolution an, worin der große Wunsch die Ausführung des Denkmals nach der besten Entwürfe empfunden. Der Sitzung folgte sich ein Beifall.

Internationaler Völkerbund der Hotel- und Restaurations-Angehörigen. Am 13. Okt. waren es 25 Jahre, daß dem deutschen Teilbereich des 1877 in Genf gegründeten „Internationalen Völkerbundes der Hotel- und Restaurations-Angehörigen“ der königlich sächsischen Staatsregierung die juristische Vertretung verliehen wurde. Zur Feier dieses Jubiläums wurden am 13. Oktober in der Hotel Excelsior die jetzigen und früheren Verwaltungsmitglieder des deutschen Teilbereichs mit ihren Namen. Von den Herren, die bei Verleihung der juristischen Vertretung den Vorstand bildeten, konnten nur vier das Fest mitmachen.

Ein wertvolles Geschenk des russischen Kaisers. Ein wertvolles Geschenk hat das Reichsland Wismar in Form eines Jubiläumsgeschenks durch die Vermittlung des russischen Generalkonsuls v. Citrowski dem russischen Kaiser erhalten. Es ist ein mächtiger Wismar in Höhe von 1,50 und einer Länge von 2,50 Metern und einem Gewicht von 15 Zentnern. Das Tier stammt aus dem kaiserlich russischen Forst Wjelenisch. Sein Alter wird auf 15 bis 16 Jahre geschätzt. Der Bulle steht ausgehoppelt da, das Gesicht ist in die Richtung des Kopfes gewendet. Der Wismar hat die höchste das Tier; dabei ist der Kopf der Vordrinne, der Kopf ist nach hinten, dem Generalkonsul von Citrowski den Dank für das Geschenk aus.

Der städtische Milieuschnitwinder Wismar. Die in Brüssel durch den Milieuschnitwinder Wismar geschädigten Banken und Bankiers beabsichtigen, eine Gesellschaft zu bilden, die der Bekämpfung ihrer Interessen beschaffen werden wird. Es sollen neue wichtige Verhandlungen bevorstehen. Man weiß jetzt, daß Wismar bis Anor gefahren ist und dort den Zug begleitet hat. Hier trennte sich auch sein Freund, der ihn begleitet hatte, von ihm. Wismar, der für seine Obligationen durchschüttelt 300 Franken erhielt, hat vor seiner Abreise noch für 400 000 Franken verkauft. Die Schwindeltaten ereignen eine Höhe von mehr als 30 Millionen Franken. Etwa 25 Banken und 50 Bankiers sind geschädigt.

Folgen der großen Fälschungen des Belgiers Wilmart. Die durch die Fälschungen ihres städtigen Direktors Wilmart geschädigte Eisenbahngesellschaft Genz-Zerupeun soll dem Gericht, um einer Konturserklärung vorgeben, 3 Wagnis-geld beizugeben haben.

Cholera in Japan. Im Hafen von Chimonoseki fordert die Cholera gegenwärtig sehr viele Opfer. Der Schiffverkehr ist fast zum Stillstand gekommen. Seit 1. Oktober wurden 400 Menschen verbracht. Es ruft Beunruhigung hervor, daß bei der Unterstützung von Seefahrern Choleraausbruch vorgefallen wurden.

Automobilunglück. In Rügenberg an der Ober Elbe am Freitag bei Treppen ein von Groß-Plauder, Kreis Lübben, kommendes Automobil gegen einen Baum, führte eine Wöschung hinunter und überschlug sich. Drei Herren und eine Dame wurden hinausgeschleudert. Einer der Herren erlitt einen Schädelbruch, die beiden anderen Rippenbrüche; die Dame kam mit Hautabrischungen davon.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Thüringer Fischereiverein.

In der Generalversammlung des Thüringer Fischereivereins, die am 26. Oktober in Jena stattfand, wird Hofrat Zimmendorf, ein Berufener auf dem Gebiete der Naturlagen, über die Fische und den Schutz der Kaltwasser in der öffentlichen Gewässer einen Vortrag halten.

Aus der Wismar, 18. Okt. (Zeitgenommener Einbrecher. — Unfall. — Auflösung einer Fische-gesellschaft.) Im Wohnhause des Landmanns W. Schulz zu Jierau hatten in der vorletzten Nacht Einbrecher allerlei Verbrechen ausgetrieben. Diebstahl von Geld, diebstahl von den Wismar-Wegen, wo man zwei verdächtige Leute zur Rede stellte. Der eine entließ sofort; der andere bedrohte den Genarmen, der ihn verhaften wollte, mit einem geladenen Revolver und konnte nur mit Mühe überwältigt werden. Er hatte Diebesgerät bei sich und gelang den Einbruch an. Mit seinem Besoffen hat er nach vor der Wöschung bei Schulz in Jierau geschüttelt. — In Preyer führte der Schieds-Gabe beim Umarmen einer Dreifachmaschine unglücklich, daß er sich ein schweres Gehirnerschütterung zuzog. — Die Fische-gesellschaft zu Bodenbeuningen hat den beantragten Anschluß an die Gesellschaft in Gr.-Alpenburg abgelehnt und wird sich demnach auflösen.

Verkauf. 18. Okt. (Schleppender Seefischer-faule). Der auf Antrag des Gemeinderates beschlossene Seefischer-faule auf Gemeinde wegen hat einmal bisher stattgefunden. Es wurden vier Zentner Fische verkauft, die aus-gewaschen und abgekühlt; der Rest mußte an Orts-arme verteilt werden.

Gerichtssaal.

Unbefugter Gebrauch der Bezeichnung „Bankgeschäft“ für ein Darlehensgeschäft hat dem Geldbesitzer Paul Sander in Wetzlar eine Menge unangenehme Erfahrungen zugezogen, die vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Namens des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hatte sich R.A. Verstein dem Verfahren der Wetzlarer angegeschlossen. Der Angeklagte wurde durch R.A. Sander verurteilt. Der Angeklagte betreibt seit etwa zehn Jahren in Wetzlar ein Bankgeschäft. In Berlin in der Fische-gesellschaft in großer Menge. Er unterhält in Deutschland etwa 20 Agenten, die für ihn das Angebot von Darlehen durch Zeitungs-inserate unter eigenem Namen bekannt machen. Nach den üblichen Verbindungen und überlassen ihnen die gedruckten Geschäftsbekanntmachungen mit Empfangsbestimmungen und dem Namen des Agenten die Stunden einen gedruckten Beleg, in welchem der Ange-

Main table containing financial data, stock prices, and market information. Columns include various stock symbols, prices, and exchange rates.

Vertical text on the right side of the page, likely containing news or commentary related to the market data.

